

Wirtschaft im Wandel

3/2016

18. Juli 2016, 22. Jahrgang



Gerhard Heimpold **s. 57**

Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt

Lena Tonzer **s. 48**
Aktuelle Trends: Turbulenzen
an den Finanzmärkten vor und
nach dem Brexit-Referendum

Viktor Slavtchev, Simon Wiederhold **s. 49**
Staatliche Nachfrage als Treiber
privater Forschungs- und Entwicklungs-
aktivitäten

Aida Ćumurović, Walter Hyll **s. 53**
Finanzmarktwissen bei Selbstständigen
besonders ausgeprägt

Inhaltsverzeichnis

- 47** Kommentar: Großbritanniens Nein zur EU wird für beide Seiten teuer
Reint E. Gropp

- 48** Aktuelle Trends: Turbulenzen an den Finanzmärkten vor und nach dem Brexit-Referendum
Lena Tonzer

- 49** Staatliche Nachfrage als Treiber privater Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten
Viktor Slavtchev, Simon Wiederhold

- 53** Finanzmarktwissen bei Selbstständigen besonders ausgeprägt
Aida Ćumurović, Walter Hyll

- 57** Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht –
Das Beispiel des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt
Gerhard Heimpold

- 61** 6th Halle Forum on Urban Economic Growth:
"What are the Factors of Success for Cities in the Process of European Integration?"
Martin T. W. Rosenfeld, Martin Gerischer

Großbritanniens Nein zur EU wird für beide Seiten teuer

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Die Briten haben sich überraschend klar gegen einen Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union entschieden. Das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU hat nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch tiefgreifende Konsequenzen für das Land selbst, aber auch für das übrige Europa. Entscheidend ist jetzt die Reaktion der verbleibenden Länder auf das Votum, insbesondere die Frankreichs und Deutschlands.

Die Reaktion der Finanzmärkte auf Umfragewerte vor der Abstimmung hatte bereits gezeigt, dass dieses Abstimmungsergebnis kurzfristig zu starken Verwerfungen auf den Finanzmärkten führen würde. Dies ist dann auch eingetreten (vgl. Aktueller Trend nächste Seite). Für die Finanzmärkte kam das Votum überraschend. In den Wochen vor dem Referendum hatte das Pfund gegenüber dem Euro sogar um etwa 3% aufgewertet. Diese Bewegung hat sich nun umgekehrt. Viele Unternehmen haben bereits angekündigt, Investitionen in Großbritannien zu reduzieren oder ganz auszusetzen, weil der Zugang zum europäischen Markt nicht mehr gesichert ist. Auch der Finanzplatz London könnte unter dem Votum leiden. Mittelfristig wird aus Sicht Großbritanniens allerdings viel davon abhängen, wie die Verhandlungen mit der EU über den Austritt ablaufen werden. Beide Seiten können von einer schnellen Einigung nur profitieren. Nachdem allerdings in Großbritannien die Protagonisten der Auseinandersetzung abgetreten sind, scheint mit der neuen Premierministerin nun etwas Ruhe eingekehrt zu sein.

Inwieweit wird ein Brexit die wirtschaftlichen Aussichten der EU beeinträchtigen? Der Euro hat in den letzten Wochen auf eine höhere Wahrscheinlichkeit eines negativen Votums nicht reagiert und scheint stabil zu bleiben. Inwieweit die Märkte für Güter und Dienstleistungen, Arbeit und Kapital innerhalb der Union britischen Unternehmen nicht mehr im gleichen Maße offenstehen, hängt von den kommenden Verhandlungen ab. Die Abstimmung selbst führt nicht zu einem Austritt, sondern initiiert lediglich einen Austrittsprozess, der möglicherweise sogar noch vom Britischen Parlament bestätigt werden müsste. Zumindest kurzfristig wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Wohlfahrtsverlusten auf beiden Seiten kom-

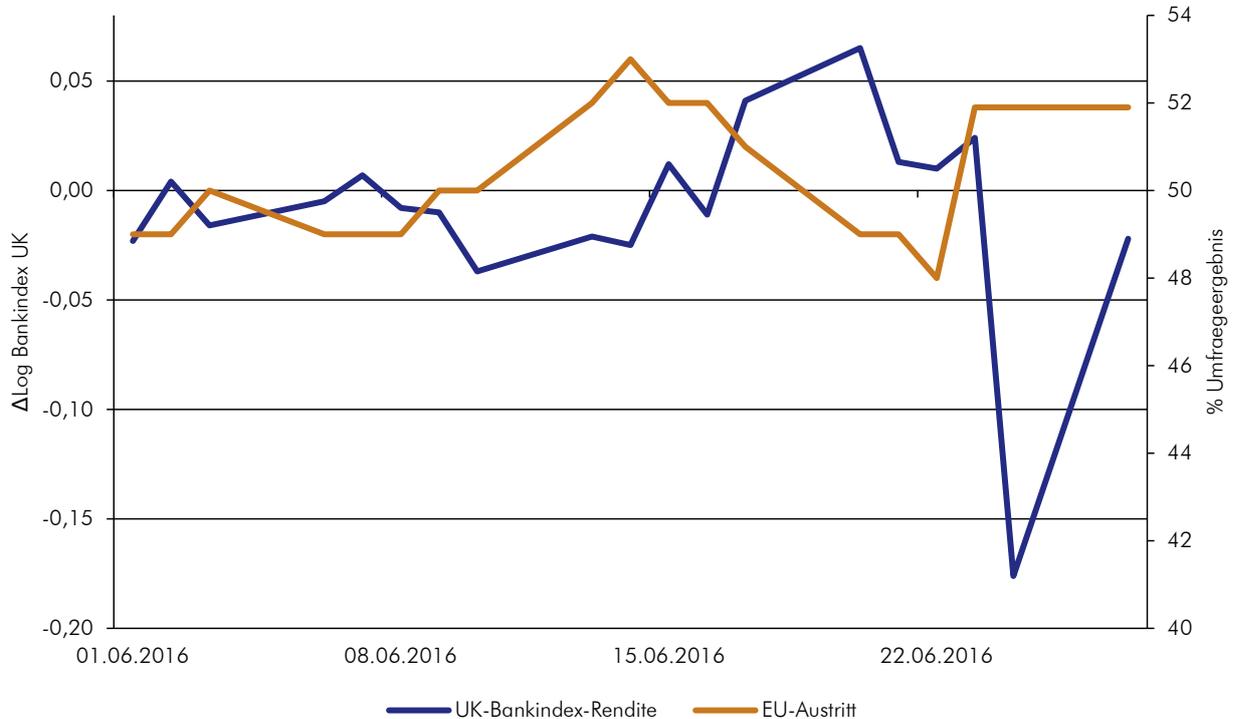
men. Großbritannien führt 45% seiner Gesamtexporte an Gütern und Dienstleistungen in die restliche EU aus. Umgekehrt sind nur etwa 6% der Exporte aus den übrigen EU-Ländern für Großbritannien bestimmt, in Deutschland ist der Anteil mit 7% geringfügig höher.

Langfristig ist ein weniger wirtschaftsfreundliches Klima im Sinne von mehr Regulierung in der Europäischen Union zu erwarten. Unklar ist zum jetzigen Zeitpunkt, wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU künftig gestaltet werden. Vieles wäre möglich (Europäische Freihandelsassoziation – EFTA, bilaterale Abkommen), entscheiden wird sich so schnell nichts. Aus britischer Sicht ist eines der größten Probleme, die der Austritt nach sich zieht, dass die Handelsbeziehungen mit etwa 60 Drittländern (etwa den USA, Indien, China, Japan und Australien), die bislang auf Abkommen der EU beruhten, nun allesamt neu zu verhandeln sind, und das aus einer ziemlich schwachen Verhandlungsposition.

Aus EU-Sicht besteht die Gefahr, dass es zu weiteren Desintegrationserscheinungen in der Union kommt. Interessanterweise scheint das britische Chaos aber nun doch eher abschreckend zu wirken und hat die Kohärenz der EU vielleicht sogar eher gestärkt. Auf Grundlage des Art. 50 des EU-Vertrags, der den freiwilligen EU-Austritt regelt, steht es den Mitgliedstaaten seit 2009 frei, die EU zu verlassen. Nachdem sich Großbritannien zum Ausscheiden aus dem europäischen Staatenbündnis bekannt hat, könnten weitere Länder in ihrer anti-europäischen Haltung bestärkt werden und dem Beispiel folgen. Deshalb wird die Reaktion der großen verbleibenden Länder, insbesondere Deutschland und Frankreich, so entscheidend sein. Es muss dringend eine kluge und tragfähige Zukunftsstrategie erarbeitet und gemeinsam überzeugend kommuniziert werden. Verbesserungen in der demokratischen Legitimation der EU-Institutionen, weniger Regulierung in Arbeits- und Produktmärkten, ein Abbau der Bürokratie sowohl in der EU als auch in den Mitgliedsländern, eine weitgehende Umsetzung der Kapitalmarktunion und eine Neu-Priorisierung der EU-Ausgaben müssen dringend in Angriff genommen werden, damit die Union zukunftsfähig wird, mit oder ohne Großbritannien. 

Aktuelle Trends: Turbulenzen an den Finanzmärkten vor und nach dem Brexit-Referendum

Lena Tonzer



Quellen: Datastream, whatukthings.org; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Das Votum der britischen Bevölkerung, den EU-Verband verlassen zu wollen, hat zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten geführt. Bereits vor dem Referendum am 23. Juni 2016 war ein starker Rückgang der Kurse britischer Bankaktien zu beobachten, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Brexits in den Umfragen über 50% stieg, verbunden mit einer Abwertung des britischen Pfunds gegenüber den meisten anderen wichtigen Währungen einschließlich des Euro. Es zeigten sich außerdem Rekordwerte für die Volatilität der europäischen Aktienmärkte, wie sie nicht einmal während der Griechenlandkrise auftraten. Als das ablehnende Ergebnis bekannt wurde, reagierten die Märkte kurzfristig geschockt. Die Kurse der Bankaktien brachen ein, das britische Pfund verlor 6% seines Wertes gegenüber dem Euro am Tag nach dem Referendum, und die Volatilität erreichte eine neue Höchstmarke. Die Märkte glauben offenbar, dass der Finanzsektor in Großbritannien und in der Europäischen Union ernsthaft von einem Brexit betroffen

sein wird. Die Turbulenzen spiegeln die große ökonomische und politische Unsicherheit wider, die sich mit dem anstehenden Prozess des Austritts Großbritanniens aus der EU verbindet. 



Lena Tonzer, Ph.D.
Abteilung Finanzmärkte

Lena.Tonzer@iwh-halle.de

Staatliche Nachfrage als Treiber privater Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten*

Viktor Slavtchev, Simon Wiederhold

Der Staat fragt Produkte und Dienstleistungen mit ganz unterschiedlichem technologischen Niveau nach – von Büroklammern bis zu Forschungssatelliten. Dieser Beitrag zeigt zunächst in einem theoretischen Modell, dass der Staat durch die technologische Intensität seiner Nachfrage den Markt für technologieintensive Produkte und Dienstleistungen erweitern kann. Denn eine stärkere staatliche Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen erlaubt es privaten Unternehmen, die überwiegend fixen Kosten für Forschung und Entwicklung auf größere Absatzmengen umzulegen, lässt die privaten Erträge aus Forschung und Entwicklung ansteigen und generiert somit zusätzliche Anreize, in die Entwicklung neuer Technologien zu investieren. Anhand von Daten aus den USA wird auch empirisch belegt, dass eine – budgetneutrale – Erhöhung der technologischen Intensität der staatlichen Nachfrage die privaten FuE-Ausgaben erhöht. Damit rückt die staatliche Nachfrage erneut in die Diskussion über mögliche Instrumente einer effektiven Wirtschafts- und Innovationspolitik.

JEL-Klassifikation: E60, H57, O31, O33, O38

Schlagwörter: staatliche Beschaffung, private Forschung und Entwicklung, Innovationspolitik

Die Bundesregierung hat sich ehrgeizige technologische Ziele gesetzt. Beispielsweise sollen im Jahr 2020 mindestens eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen rollen, bis 2030 sogar sechs Millionen.¹ Doch das Vorhaben gilt als gefährdet: Die deutschen Automobilhersteller zählen nicht zu den führenden im Bereich alternativer Antriebe – vergleichsweise unausgereift sind die Technologien, entsprechend hoch die Preise. Darüber hinaus wird eine weitestgehend fehlende staatliche Unterstützung bei der Markteinführung bemängelt. Die Bundesregierung hat darauf reagiert und im Mai 2016 ein Maßnahmenpaket im Umfang von etwa einer Milliarde Euro beschlossen, das neben einer Kaufprämie für Elektroautos auch die Erhöhung des Anteils von Elektroautos im Fuhrpark des Bundes auf 20% vorsieht.² In diesem Beitrag wird untersucht, inwiefern der Staat durch seine Nachfrage private Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) stimulieren kann.

Staatliche Beschaffung als innovationspolitisches Instrument

Technologischer Fortschritt durch FuE ist der wichtigste Wachstumsmotor moderner Ökonomien. Allerdings sind die privatwirtschaftlichen Erträge aus FuE-Aktivitäten und somit die privaten Investitionen in FuE aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu gering.³ Entsprechend sucht die Politik nach Maßnahmen, private FuE-Aktivitäten zu fördern. Beispielsweise hatten die EU-Mitgliedsländer im Rahmen der Lissabon-Strategie bereits im Jahr 2000 beschlossen, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dazu sollten die Investitionen in FuE auf 3% des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Zwei Drittel der Gesamtinvestitionen in FuE sollten durch die Privatwirtschaft getätigt werden. Dabei sind Subventionen und Steuererleichterungen für private FuE-Aktivitäten wichtige Instrumente der staatlichen Unterstützung. Allerdings zeigt die empirische Evidenz zu den Effek-

* Dieser Beitrag basiert auf dem Aufsatz *Slavtchev, V.; Wiederhold, S.: Does the Technological Content of Government Demand Matter for Private R&D? Evidence from US States*, in: *American Economic Journal: Macroeconomics*, Vol. 8 (2), 2016, 45-84.

1 *Regierungsprogramm Elektromobilität*. Berlin 2011, 10.

2 Vgl. *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Rahmenbedingungen und Anreize für Elektrofahrzeuge und Ladeinfrastruktur*. Berlin 2016.

3 Vgl. *Romer, P.: Endogenous Technological Change*, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 98 (5), 1990, 71-102. – *Grossman, G. M.; Helpman, E.: Quality Ladders in the Theory of Growth*, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 58 (1), 1991, 43-61. – *Aghion, P.; Howitt, P.: A Model of Growth Through Creative Destruction*, in: *Econometrica*, Vol. 60 (2), 1992, 323-351. – *Jones, C. I.; Williams, J. C.: Measuring the Social Return to R&D*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 113 (4), 1998, 1119-1135.

ten von FuE-Subventionen und -Steuererleichterungen keine eindeutigen Ergebnisse.⁴ Auch der Schlussbericht der Europäischen Kommission stellte fest, dass die Kernziele immer noch nicht erreicht sind.⁵ Aktuell wird in wissenschaftspolitischen Kreisen diskutiert, inwiefern die staatliche Nachfrage als Instrument der FuE- bzw. Innovationsförderung eingesetzt werden kann. Denn Schätzungen zufolge beträgt der Anteil der staatlichen Beschaffung ca. 12% am Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt der OECD-Länder.⁶ In den USA wurden Arbeitskreise gegründet, um die Möglichkeiten auszuloten, private FuE mittels staatlicher Nachfrage zu stimulieren.⁷ Auch in Europa wird erörtert, wie die staatliche Nachfrage in die Innovationspolitik integriert werden könnte.⁸ Australien, Brasilien, China und Südkorea haben ebenfalls Initiativen gestartet, um private FuE durch öffentliche Beschaffung anzuregen.⁹ Dabei wird auf die historische Rolle des Staates bei der Entwicklung und Verbreitung von innovativen und FuE-intensiven Technologien und Produkten hingewiesen.¹⁰ Beispielsweise wurden einige

heute selbstverständliche Produkte und Technologien wie Halbleiter, große Passagierflugzeuge, das Internet, GPS etc. maßgeblich durch die Nachfrage des Staates in den USA beeinflusst.¹¹ Auch Beispiele aus Europa wie digitale Telefonie oder Schnellzüge in Schweden und Finnland bezeugen das Potenzial des Staates.¹²

Staatliche Nachfrage und private FuE-Wirkungsmechanismen

Die Rolle der staatlichen Nachfrage für private FuE-Aktivitäten wird zunächst in einem formal-theoretischen Modell analysiert. Das Modell basiert auf dem Argument, dass der Staat durch seine Nachfrage den Markt vergrößern und damit zusätzliche FuE-Anreize bei den privatwirtschaftlichen Akteuren induzieren könnte.¹³ Ein größerer Markt bedeutet aus der Sicht der Unternehmen eine höhere Ausbringungsmenge, auf die die (Fix-)Kosten der FuE umgelegt werden können. Gleichzeitig erlangt der erfolgreiche Innovator typischerweise eine (temporäre) Monopolstellung, die es ihm erlaubt, Gewinne zu erwirtschaften und FuE-Investitionen zu finanzieren.

Zudem sind die FuE- bzw. Technologieintensität und somit das Wachstumspotenzial in einigen Industrien höher als in anderen, sodass die Effekte einer Marktvergrößerung durch eine Ausdehnung der staatlichen Nachfrage gerade für FuE betreibende Unternehmen besonders stark ausfallen. Entsprechend kann nicht nur das Volumen der staatlichen Nachfrage, d. h., wie viel der Staat insgesamt ausgibt, sondern auch die Art und Zusammensetzung der von ihm nachgefragten Produkte eine Rolle spielen. Insbesondere eine höhere Nachfrage nach innovativen oder technologieintensiven Produkten bzw. in solchen Branchen kann das Volumen an FuE-Investitionen in der Gesamtwirtschaft steigern.

4 Vgl. Cerulli, G.: Modelling and Measuring the Effect of Public Subsidies on Business R&D: A Critical Review of the Econometric Literature, in: *The Economic Record*, Vol. 86 (274), 2010, 421-449. – Zuniga-Vicente, J.; Alonso-Borrego, C.; Forcadell, F.; Galan, J.: Assessing the Effect of Public Subsidies on Firm R&D Investment: A Survey, in: *Journal of Economic Surveys*, Vol. 28 (1), 2014, 36-67. – Elschner, C.; Ernst, C.; Licht, G.; Spengel, C.: What the Design of an R&D Tax Incentive Tells about its Effectiveness: A Simulation of R&D Tax Incentives in the European Union, in: *Journal of Technology Transfer*, Vol. 36 (3), 2009, 233-256. – Wilson, D. J.: Beggar thy Neighbor? The In-state, Out-of-state, and Aggregate Effects of R&D Tax Credits, in: *Review of Economics and Statistics*, Vol. 91 (2), 2009, 431-436. – Spengel, C.: *Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland – Ökonomische Begründung, Handlungsbedarf und Reformoptionen*. Springer-Verlag: Berlin, Heidelberg 2009.

5 Vgl. *Europäische Kommission: Bewertung der Lissabon-Strategie*. SEK(2010) 114. Brüssel 2010, 3.

6 Vgl. *OECD: Demand-side Innovation Policies*. OECD Publishing: Paris 2011.

7 Vgl. Vonortas, N. S.: *Innovation and Public Procurement in the United States*, in: C. Edquist, N. S. Vonortas, J. M. Zabala-Iturriagoitia, J. Edler (eds), *Public Procurement and Innovation*. Edward Elgar: Northampton MA 2015, 147-178.

8 Vgl. Edler, J.; Georghiou, L.: Public Procurement and Innovation – Resurrecting the Demand Side, in: *Research Policy*, Vol. 36 (7), 2007, 949-963. – Edquist, C.; Zabala-Iturriagoitia, J. M.: Public Procurement for Innovation as Mission-oriented Innovation Policy, in: *Research Policy*, Vol. 41 (10), 2012, 1757-1769. – Edquist, C.: Innovation-related Public Procurement as a Demand-oriented Innovation Policy Instrument. *Papers in Innovation Studies 2015/28*. CIRCLE, Lund University 2015. – *EU: Europe 2020 Flagship Initiative: Innovation Union*. EU: Brussels 2010. — *EU: FP7-ICT-2011-12: Pre-commercial Procurement (PCP) Actions*. EU: Brussels 2011.

9 Vgl. *OECD: Demand-side Innovation Policies*. OECD Publishing: Paris 2011.

10 Vgl. Dalpé, R.: Effects of Government Procurement on Industrial Innovation, in: *Technology in Society*, Vol. 16 (1), 1994, 65-83. – Dalpé, R.; DeBresson, C.; Xiaoping, H.: The Public Sector as First User of Innovations, in: *Research Policy*, Vol. 21 (3), 1992, 251-263. – Mazzucato, M.: *The Entrepreneurial State*. Demos: London 2011.

11 Vgl. Mowery, D. C.; Nelson, R. R. (eds): *The Sources of Industrial Leadership*. Cambridge University Press 1999. – Nelson, R. R.: *Government and Technical Progress – A Cross-industry Analysis*. Pergamon Press: New York 1982. – Nekarda, C. J.; Ramey, V. A.: Industry Evidence on the Effects of Government Spending, in: *American Economic Journal: Macroeconomics*, Vol. 3 (1), 2011, 36-59.

12 Vgl. Palmberg, C.: Technological Systems and Competent Procurers – The Transformation of Nokia and the Finnish Telecom Industry Revisited?, in: *Telecommunications Policy*, Vol. 26 (3-4), 2002, 129-148. – Fridlund, M.: Switching Relations and Trajectories: The Development Procurement of the Swedish AXE Switching Technology, in: C. Edquist, L. Hommen, L. Tspouri (eds), *Public Technology Procurement and Innovation*. Kluwer Academic Publishers: Norwell, MA 2000, 143-165. – Edquist, C.; Zabala-Iturriagoitia, J. M., a. a. O.

13 Vgl. Schmookler, J.: *Invention and Economic Growth*. Harvard University Press: Cambridge, MA 1966. – Acemoglu, D.; Linn, J.: Market Size in Innovation: Theory and Evidence from the Pharmaceutical Industry, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 119 (3), 2004, 1049-1090.

Gesamtwirtschaftlich kann eine steigende staatliche Nachfrage private FuE-Aktivitäten stimulieren, die anderenfalls unterblieben wären. Insbesondere im Falle neuer oder innovativer und technologieintensiver Produkte, bei denen die private Nachfrage nur schwer einschätzbar ist oder zögerlich eintritt, kann der Staat eine wichtige Rolle als Pionierkunde spielen. Der Staat kann durch seine Nachfrage in den frühen Phasen des Lebenszyklus eines Produkts oder einer Technologie so genannte Lerneffekte stimulieren, die den Marktreifeprozess und die Marktdurchdringung beschleunigen. Der Wirkungsmechanismus hier ist wesentlich anders als bei traditionell eingesetzten FuE-Förderinstrumenten, wie FuE-Subventionen oder -Steuererleichterungen, die vor allem die FuE-Kosten senken.

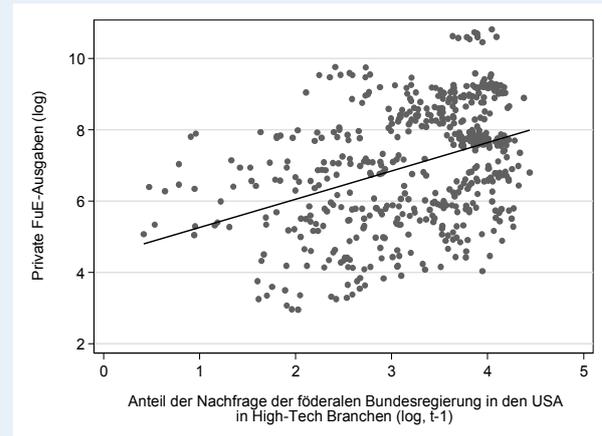
Empirische Evidenz

Die für die Wirtschaftspolitik essenzielle Quantifizierung des Effekts der staatlichen Nachfrage auf private FuE-Investitionen erfolgt am Beispiel von US-amerikanischen Daten für den Zeitraum von 1999 bis 2009, die in hoher Qualität vorliegen und vor allem detaillierte Informationen über die öffentliche Beschaffung enthalten. Konkret wird untersucht, inwiefern die Erhöhung des Anteils der Ausgaben der föderalen Bundesregierung für Produkte in Hightech-Branchen in den einzelnen Bundesstaaten bei gegebenem Gesamtbudget zusätzliche private FuE-Ausgaben in den jeweiligen Staaten stimuliert. Methodisch wird ein multivariater Regressionsansatz angewendet, bei dem weitere mögliche Einflussfaktoren privater FuE berücksichtigt werden, wie z. B. Subventionen, Steuererleichterung, Gesellschafts- und Körperschaftssteuer, FuE-Aufträge des Staates, diverse öffentliche Transfers, Effekte von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen sowie weitere unbeobachtete, staatspezifische, zeitinvariante Effekte. Zudem wird ein Instrumentenvariablen-Ansatz verwendet, der weitere zeitvariable und unbeobachtete Einflüsse ausschließt und somit kausale (Ursache-Effekt-)Aussagen ermöglicht. Im Einklang mit den theoretischen Überlegungen zeigt die Abbildung, dass die privaten FuE-Investitionen höher sind in Bundesstaaten mit hoher Nachfrage der föderalen Bundesregierung in Hightech-Branchen. Dieser erste visuelle Eindruck wird von den Ergebnissen der rigorosen ökonometrischen Analyse bestätigt. Eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben in Hightech-Branchen führt zu zusätzlichen privaten FuE-Ausgaben in der Gesamtwirtschaft. Dieses Ergebnis gilt für jedes Niveau der staatlichen Ausgaben in Nicht-Hightech-Branchen

sowie für ein gegebenes Gesamtbudget des Staats, was auf die Möglichkeit hindeutet, private FuE budgetneutral, also ohne Steuererhöhung, zu fördern. Zudem erlauben die Ergebnisse des Instrumentenvariablen-Ansatzes eine kausale (Ursache-Wirkung-)Interpretation der Effekte.

Abbildung

Technologische Intensität der staatlichen Nachfrage und private FuE



Bemerkung: 50 US-Bundesstaaten (zzgl. DC), 1999 bis 2009. Private FuE-Ausgaben in Mio. US-Dollar, 2000. Anteil der Nachfrage der föderalen Bundesregierung in Hightech-Branchen der Privatwirtschaft berechnet auf Basis von nicht-direkten FuE-Ausgaben. Quellen: FPDS-NG, SIRD. Darstellung des IWH.

Implikationen

Die Ergebnisse der Untersuchung legen nahe, dass eine Innovationspolitik die Effekte der staatlichen Beschaffung nicht per se ignorieren darf, denn die Art der vom Staat beschafften Güter, Dienstleistungen und Technologien kann die Höhe der privaten FuE-Investitionen beeinflussen.

Die staatliche Einkaufspolitik steht dieser Erkenntnis jedoch eher entgegen. Grundsätzlich verzichten staatliche Einkäufer häufig auf innovationspolitisch motivierte Ausschreibungskriterien und ziehen stattdessen den niedrigsten Preis als Vergabekriterium heran.¹⁴ Untersuchungen zum deutschen Beschaffungssystem deuten darauf hin, dass staatliche Einkäufer im Vergleich zum Endkonsumenten eher konservative Produkte und Dienstleistungen bevorzugen.¹⁵ Dabei gilt

14 Vgl. Kelman, S.: Remaking Federal Procurement, in: *Public Contracts Law Journal*, Vol. 31 (1), 2002, 581-622. – OECD: *Government at a Glance 2011*. OECD Publishing: Paris 2011.

15 Vgl. Wegweiser: *Monitoring Verwaltungsmodernisierung & eGovernment Deutschland 2007/2008*. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berlin 2007.

eine einseitige Fokussierung auf den Einkaufspreis selbst unter rein ökonomischen Aspekten als nicht unumstritten, da der Nutzwert und die gesamten Lebenszykluskosten einer zu beschaffenden Leistung nicht immer oder nicht vollständig in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einbezogen werden. Gerade zur Senkung der Lebenszeitkosten, dies zeigt unter anderem eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, können innovative Leistungen einen entscheidenden Anstoß liefern.¹⁶

Allerdings setzt eine Transformation der regelgebundenen und stark preisorientierten staatlichen Einkäufer in „Entrepreneurs“¹⁷ und die endgültige Aufnahme der öffentlichen Beschaffung in das innovationspolitische Instrumentarium¹⁸ eine Diskussion weiterer wichtiger

Aspekte voraus, wie z. B. technologische Lock-ins (falls die staatliche Beschaffung bestimmte Technologien favorisiert), Nichtdiskriminierung bestimmter privater Akteure (d. h. Branchen und Firmen), Anpassungs- und ggf. Lähmungseffekte auf Seiten der begünstigten Unternehmen sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse im Vergleich mit anderen FuE-Förderinstrumenten. Allen voraus jedoch darf die Sicherstellung der Primärfunktionen des Staates (Bereitstellung bestimmter öffentlicher Güter und Funktionen in entsprechender Qualität) nicht kompromittiert werden. 

16 Vgl. *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Impulse für mehr Innovationen im öffentlichen Beschaffungswesen*. Berlin 2014. – Edler, J.; Georghiou, L., a. a. O. – Edquist, C.; Hommen, L.: *Public Technology Procurement and Innovation Theory*, in: C. Edquist, L. Hommen, L. Tsipouri (eds), *Public Technology Procurement and Innovation*. Kluwer Academic Publishers: Norwell, MA 2000, 5-70.

17 Vgl. *Osborne, D.; Gaebler, T.: Reinventing Government*. Addison-Wesley: New York 1992.

18 Vgl. *Mazzucato, M.: The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*. Anthem 2013.



Dr. Viktor Slavtchev

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Viktor.Slavtchev@iwh-halle.de

Dr. Simon Wiederhold

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

ifo Zentrum für Bildungsökonomik

wiederhold@ifo.de

Finanzmarktwissen bei Selbstständigen besonders ausgeprägt

Aida Ćumurović, Walter Hyll

Unternehmerische Aktivität ist ein dynamischer Treiber wirtschaftlicher Entwicklung. Finanzmarktwissen befähigt Individuen zu einer besseren Abwägung von Chancen und Risiken. In diesem Beitrag wird geprüft, ob ein höheres Maß an Finanzmarktwissen auch einen Einfluss auf die Entscheidung hat, sich selbstständig zu machen. Dieser Zusammenhang wird auf der Basis von Umfragedaten für Deutschland empirisch bestätigt.

JEL-Klassifikation: A20, D03, J23, J24

Schlagwörter: Financial Literacy, Finanzmarktwissen, Entrepreneurship, Selbstständigkeit

Unternehmerische Aktivität generiert Einkommen, Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung sowie Innovationen und gilt daher als wichtiger Treiber wirtschaftlicher Entwicklung.¹ Verschiedene Faktoren beeinflussen den Erfolg von Unternehmen. Als häufige Ursachen für das Scheitern kleiner Unternehmen werden – neben nichtfinanziellen Aspekten wie mangelnden Managementfähigkeiten oder ungünstigen Standortfaktoren – mangelnde Planung, Unterkapitalisierung oder Finanzierungsschwierigkeiten, Fehleinschätzungen von Risiken, finanzielles Missmanagement oder rasches Wachstum und „Über-Expansion“ genannt.² Ein besseres Finanzmarktwissen führt zu vorteilhaften Entscheidungen von Haushalten auf dem Finanzmarkt – beispielsweise bei Finanzierungs- oder Anlagefragen. Dieses Ergebnis lässt vermuten, dass Personen mit höherem Finanzmarktwissen auch eher erfolgreich im Führen von Unternehmen sind. Fundiertes Finanzmarktwissen kann dazu führen, dass potenzielle Unternehmer Risiken besser einschätzen und eher bereit sind, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen als Personen mit ähnlichen Voraussetzungen und niedrigem Finanzmarktwissen. Dieser Beitrag untersucht anhand deutscher Daten zum Spar- und Altersvorsorgeverhalten, ob sich Finanzmarktwissen auf Entscheidungen be-

züglich der Beschäftigungsform – in diesem Falle der Selbstständigkeit – auswirkt.³

Die Bedeutung von Finanzmarktwissen

Die Analyse verknüpft die bisherige Forschung zu den Effekten von Finanzmarktbildung (*financial literacy*) auf Haushaltsentscheidungen mit Untersuchungen zu Gründereigenschaften.

Eine Standardannahme ökonomischer Modelle unterstellt, dass Haushalte Risiken und Chancen genau kennen und ihren Konsum und ihr Sparverhalten in Hinsicht auf ihre gesamte Lebenszeit optimieren. Tatsächlich fehlt bei vielen Akteuren jedoch ein grundlegendes Verständnis für einfache Zusammenhänge des Finanzmarktes; ein großer Teil der Bevölkerung ist nicht in der Lage, grundlegende Fragen zu Zinskalkulation, realer Verzinsung (Inflation) oder Risikodiversifizierung zu beantworten.⁴ Die Konsequenzen dieses „finanziellen Analphabetismus“ können für die Haushalte weitreichend sein, denn das finanzielle Bildungsniveau wirkt sich auf wichtige Finanzentscheidungen und den Vermögensaufbau aus. Eine starke Finanzbildung kann höhere Renditen und Kapitalerträge bzw. günstigere Kreditkonditionen bewirken. Außerdem sind Personen mit besserem Finanzmarktwissen häufiger am Aktienmarkt aktiv und erzielen eine bessere Risikodiversifikation.⁵ In vielen Ländern

1 Vgl. Van Praag, M.; Versloot, P.: What is the Value of Entrepreneurship? A Review of Recent Research, in: *Small Business Economics*, Vol. 29 (4), 2007, 351-382.

2 Vgl. Perry, S. C.: The Relationship between Written Business Plans and the Failure of Small Businesses in the U.S., in: *Journal of Small Business Management*, Vol. 39 (3), 2001, 201-208. – Everett, J.; Watson, J.: Small Business Failure and External Risk Factors, in: *Small Business Economics*, Vol. 11 (4), 1998, 371-390. – Lussier, R. N.: Reasons Why Small Businesses Fail and How to Avoid Failure, in: *The Entrepreneurial Executive*, Vol. 1 (2), 1996, 10-17.

3 Dieser Artikel basiert auf Ćumurović, A.; Hyll, W.: Financial Literacy and Self-employment. *IWH Discussion Papers No. 11/2016*.

4 Vgl. Lusardi, A.; Mitchell, O. S.: Financial Literacy Around the World: an Overview, in: *Journal of Pension Economics and Finance*, Vol. 10 (4), 2011, 497-508.

5 Vgl. Abreu, M.; Mendes, V.: Financial Literacy and Portfolio Diversification, in: *Quantitative Finance*, Vol. 10 (5), 2010, 515-528.

hat das finanzielle Bildungsniveau einen starken Einfluss auf die private Altersvorsorgeplanung.⁶ Zusammenfassend wirkt sich finanzielle Allgemeinbildung über verschiedene Kanäle positiv auf den Vermögensaufbau in privaten Haushalten aus.

Das zweite Forschungsfeld, auf das sich dieser Beitrag bezieht, untersucht die besonderen Gründereigenschaften: Was unterscheidet den Entrepreneur vom Nichtunternehmer, welche Faktoren prägen ihn, was macht einen Entrepreneur zum Entrepreneur? Bisher konnte gezeigt werden, dass Selbstständige deutlich risikofreudiger sind. Sie unterscheiden sich merklich von Angestellten in den so genannten *Big-Five*-Persönlichkeitsmerkmalen (Extraversion, Gewissenhaftigkeit, Neurotizismus, Offenheit für Erfahrungen und Verträglichkeit), aber auch bezüglich ihrer Kontrollüberzeugung, ihres Autonomiebedürfnisses und Selbstvertrauens. Auch der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Selbstständigkeit wurde in der Literatur bereits erörtert. Allerdings gibt es bisher noch keine Erkenntnisse darüber, ob Finanzmarktwissen einen Einfluss auf Selbstständigkeit hat, obwohl gerade Selbstständige mit zahlreichen finanziellen Entscheidungen – und das meist schon bei der Gründung – konfrontiert sind. Ein besseres Finanzmarktwissen hilft potenziellen Gründern bei der Informations-, Beratungs- und Kapitalbeschaffung. Sie verstehen Finanzierungsbedingungen besser und können unternehmerische Risiken und Profitabilität besser einschätzen.

Finanzielle Allgemeinbildung messen

Unter finanzieller Allgemeinbildung versteht man die Fähigkeit, Informationen bezüglich finanzieller Fragestellungen zu erfassen und so zu nutzen, dass fundierte Entscheidungen bezüglich eigener finanzieller Angelegenheiten getroffen werden können. In der empirischen Forschung haben sich vor allem drei Basisfragen zur Messung von Finanzmarktwissen etabliert (vgl. Kasten, Fragen 1 bis 3), deren Vorteil darin liegt, dass sie relativ einfach erhoben werden können und zudem einen Ländervergleich ermöglichen.

Allerdings kann das Ausmaß an Finanzmarktwissen mit drei Fragen nur näherungsweise geschätzt werden. Für ein umfassenderes Bild zum Finanzmarkt-

wissen greift die Untersuchung auch auf erweiterte Fragen zurück (für Beispiele vgl. Kasten, Fragen 4 bis 7). Die zur Verfügung stehenden Daten (SAVE – Sparen und AltersVorsorgE in Deutschland) wurden vom Munich Center for the Economics of Aging erhoben.⁷ In 11 Wellen (2001 bis 2013) wurden Privatpersonen zu den Themen Sparen und Zukunftsvorsorge befragt. Dieser Beitrag nutzt hauptsächlich Daten aus dem Jahr 2009, in welchem 2 222 Personen einmalig alle Finanzmarktfragen gestellt wurden.

Kasten

Beispielfragen zum Finanzmarktwissen

Finanzfragen, Grundkenntnisse

1. Angenommen, Sie haben 100 Euro Guthaben auf Ihrem Sparkonto. Dieses Guthaben wird mit 2% pro Jahr verzinst, und Sie lassen es fünf Jahre auf diesem Konto. Was meinen Sie: Wie viel Guthaben weist Ihr Sparkonto nach fünf Jahren auf? (i) Mehr als 102 Euro (ii) Genau 102 Euro (iii) Weniger als 102 Euro (iv) Kann/Möchte ich nicht einschätzen.
2. Angenommen, die Verzinsung Ihres Sparkontos beträgt 1% pro Jahr und die Inflationsrate beträgt 2% pro Jahr. Was glauben Sie: Werden Sie nach einem Jahr mit dem Guthaben des Sparkontos (i) mehr, (ii) genauso viel, oder (iii) weniger als heute kaufen können?
3. Ist die folgende Aussage richtig oder falsch: „Die Anlage in Aktien eines einzelnen Unternehmens ist weniger risikant als die Anlage in einem Aktienfonds“?

Fortgeschrittene Finanzfragen, Beispiele

4. Angenommen, sowohl Ihr Einkommen als auch die Preise für alle Güter würden sich bis 2012 verdoppeln: Wie viel könnten Sie im Jahr 2012 mit Ihrem Einkommen kaufen?
5. Welche der folgenden Anlageformen zeigt im Laufe der Zeit die höchsten Ertragsschwankungen? Sparbücher, Festverzinsliche Wertpapiere, Aktien?
6. Welche der folgenden Aussagen ist richtig? (i) Wenn man in einen Mischfonds investiert, kann man das Geld innerhalb des ersten Jahres nicht entnehmen (ii) Mischfonds investieren in mehrere Anlagen, z. B. Aktien und Anleihen (iii) Mischfonds garantieren eine feste Verzinsung, die auf der bisherigen Entwicklung beruht (iv) Keine der obigen Antworten ist richtig.
7. Was geschieht bei fallenden Zinsen mit dem Kurs einer festverzinslichen Anleihe? (i) Der Kurs steigt (ii) Der Kurs verändert sich nicht (iii) Der Kurs sinkt.

Quelle: MEA: Save, 2009.

6 Vgl. Bucher-Koenen, T.; Lusardi, A.: Financial Literacy and Retirement Planning in Germany, in: *Journal of Pension Economics and Finance*, Vol. 10 (4), 2011, 565-584. – Van Rooij, M. C.; Lusardi, A.; Alessie, R. J.: Financial Literacy and Retirement Planning in the Netherlands, in: *Journal of Economic Psychology*, Vol. 32 (4), 2011, 593-608.

7 Vgl. Munich Center for the Economics of Aging (MEA): SAVE – Sparen und AltersVorsorgE in Deutschland, 2015.

Soziodemographische Merkmale und finanzielle Allgemeinbildung

Die Auswertung der Fragen zu Grundkenntnissen in finanziellen Themen zeigt zum einen, dass jeder zwölfte der Befragten nicht in der Lage ist, wenigstens eine der drei Grundfragen zu beantworten; zum anderen weiß nur gut die Hälfte der Befragten alle Antworten auf die Basisfragen.

Tabelle
Grundkenntnisse in finanziellen Fragestellungen

Anteile der Befragten (in %)

Befragte	keine richtig	1 richtig	2 richtig	3 richtig
alle	8,24	10,22	24,62	56,93
West	7,04	9,73	23,44	59,79
Ost	11,33	11,49	27,67	49,51

Quelle: SAVE, Berechnungen des IWH.

Im Durchschnitt werden knapp 2,3 der 3 Basisfragen, gerade 4,3 von 7 Vertiefungsfragen und durchschnittlich gut die Hälfte aller 11 Fragen richtig beantwortet. Lediglich jeder 20. Befragte kennt die richtigen Antworten auf die ersten neun von 11 Fragen. Unter Berücksichtigung der Fragen zur gesetzlichen Rentenvorsorge können weniger als 2% der Befragten alle elf Fragen richtig beantworten.

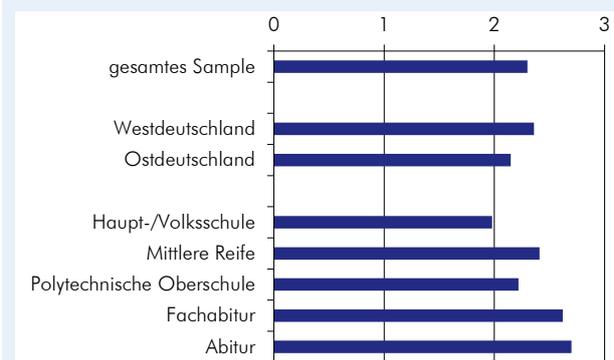
Das Finanzmarktwissen variiert mit dem Alter. Am geringsten ist es bei sehr jungen und bei älteren Menschen ausgeprägt, am stärksten in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Agarwal et al. für die USA: Finanzielle Fehlentscheidungen bzw. Fehler werden mit zunehmendem Alter zunächst seltener und nehmen ab Mitte 50 wieder zu.⁸

Analog zu bisherigen Erkenntnissen zeigt sich auch für Deutschland, dass das Finanzmarktwissen stark mit der Schulbildung zusammenhängt. Mit steigendem Bildungsabschluss steigt die Zahl der korrekten Antworten (vgl. Abbildung 1).

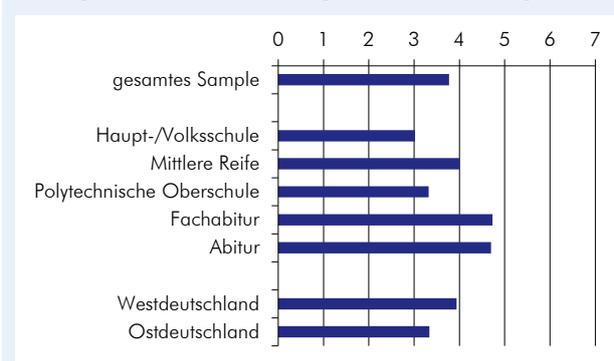
Deutliche Unterschiede zeigen sich auch in Hinblick auf regionale Merkmale. Personen aus den Neuen Bundesländern weisen ein deutlich niedrigeres Finanzmarktwissen auf als Personen aus den Alten Ländern. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass der Zugang zum Finanzmarkt, der in der DDR im Vergleich zur BRD erheblich eingeschränkt war, eine Rolle beim Erwerb von Finanzmarktwissen spielt.

8 Vgl. Agarwal, S.; Driscoll, J. C.; Gabaix, X.; Laibson, D.: The Age of Reason: Financial Decisions over the Life Cycle and Implications for Regulation, in: Brookings Papers on Economic Activity, Fall 2009, 51–117.

Abbildung 1
Richtig beantwortete Basisfragen



Richtig beantwortete fortgeschrittene Fragen



Quelle: SAVE; Berechnungen und Darstellung des IWH.

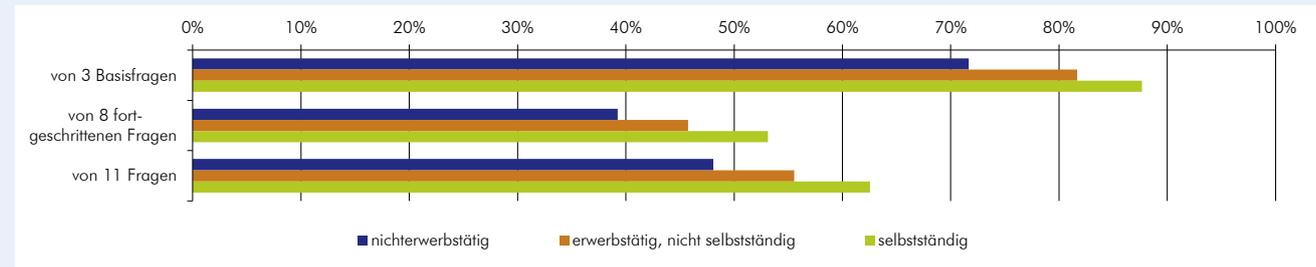
Finanzmarktwissen und Beschäftigungsformen

Eine Differenzierung nach der Beschäftigungsform der Befragten ergibt ein klares Bild: Sowohl bei den Basis- als auch bei den erweiterten Fragen schneiden Selbstständige signifikant besser ab als Erwerbstätige in anderen Beschäftigungsverhältnissen und Nichterwerbstätige. Sie können im Durchschnitt mehr Fragen aus beiden Fragesätzen richtig beantworten (vgl. Abbildung 2).

In allen Gruppen nimmt die Anzahl falscher Antworten bei den erweiterten Fragen deutlich zu. Die größten Schwierigkeiten bereitet die Frage zur Kursentwicklung von festverzinslichen Anleihen bei fallenden Zinsen. Knapp 10% wissen die richtige Antwort. Die dargelegten Ergebnisse zeigen deskriptiv Zusammenhänge zwischen Finanzmarktwissen und anderen Faktoren. Daraus ist jedoch noch nicht zu schließen, dass mehr Finanzmarktwissen zu mehr Selbstständigkeit führt. Wie aufgezeigt, korrelieren u. a. Alter, Bildung und Herkunft mit Finanzmarktwissen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass weitere Faktoren sowohl Finanzmarktwissen als auch Gründungsentscheidungen beeinflussen. Denkbar ist, dass verstärkt Perso-

Abbildung 2
Finanzmarktwissen nach Beschäftigungsform

Anteil richtig beantworteter Fragen (in %)



Quelle: SAVE, Berechnungen und Darstellung des IWH.

nen aus den Alten Ländern selbstständig werden. In diesem Falle würde deren höhere Gründungsneigung fälschlicherweise dem größeren Finanzmarktwissen zugeschrieben werden, obwohl möglicherweise der Umstand, mehr Erfahrungen mit einer freien Marktwirtschaft zu haben, ausschlaggebend für die Gründung war. Ein weiterer möglicher Einflusskanal für Finanzmarkt看bildung und Selbstständigkeit ist der elterliche Hintergrund bzw. die finanzielle Sozialisierung durch das Elternhaus. Zudem ist nicht auszuschließen, dass mit den spezifischen Möglichkeiten, Aufgaben und Risiken der Selbstständigkeit auch die finanzielle Bildung zunimmt.

Die vorliegenden Daten enthalten neben wichtigen Kontrollfaktoren wie Risikoneigung und kognitiver Fähigkeit auch Informationen zum Umgang mit Taschengeld in der Kindheit, zu Charaktereigenschaften der Eltern, zum Verständnis der Eltern bezüglich finanzieller Angelegenheiten, darüber, ob Eltern im Haushalt Buch führten, sowie zu finanzieller Unterstützung durch Eltern oder andere Verwandte.

Die Schätzung des Effekts von Finanzmarktwissen auf Selbstständigkeit zeigt einen signifikanten positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, selbstständig zu sein. Die Einbeziehung verschiedener Faktoren zum familiären Hintergrund (neben den üblichen soziodemographischen und -ökonomischen Kontrollfaktoren) ändert die Ergebnisse nicht. In den ökonometrischen Analysen wird auch versucht, den möglichen (umgekehrten) Einfluss von Selbstständigkeit auf Finanzmarktwissen zu adressieren. Unsere ökonometrischen Befunde legen nahe, dass mehr Finanzmarktwissen zu mehr Selbstständigkeit führt.

Fazit und Ausblick

Zahlreiche Studien belegen, dass Finanzmarktwissen eine entscheidende Rolle für eine erfolgreiche Teil-

nahme am Wirtschaftsleben spielt. Bildungsdefizite in finanziellen Angelegenheiten erhöhen das Risiko von Überschuldung, führen zu Verlusten von Anlagevermögen oder schmälern die Ertragsraten. Dass Finanzmarktwissen auch über das Anlageverhalten hinaus eine Rolle spielen kann, zeigt diese Studie. Wie in vielen anderen Ländern trifft auch auf Deutschland zu, dass das Finanzmarktwissen in der Bevölkerung nicht sehr stark ausgeprägt ist. Mit Hinblick auf Beschäftigungsgruppen zeigt sich, dass Personen mit geringem Finanzmarktwissen eher als Angestellte beschäftigt sind, als den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die vorläufigen empirischen Befunde legen nahe, dass stärkeres Finanzmarktwissen zu mehr Selbstständigkeit führt. Finanzmarktwissen verhilft dazu, effizienter finanzielle Entscheidungen zu treffen, die auch für unternehmerische Aktivitäten relevant sind. Da Finanzmarktwissen lehrbar ist, kann – sofern politisch gewünscht – unternehmerische Aktivität durch finanzielle Bildung, die bspw. auch in Lehrpläne einfließen könnte, angeregt werden. ↗



Aida Ćumurović
 Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Aida.Cumurovic@iwh-halle.de



Dr. Walter Hyll
 Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Walter.Hyll@iwh-halle.de

Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt

Gerhard Heimpold

Der Metallurgiestandort Eisenhüttenstadt gehörte zu den industriellen Kernen, um deren Erhalt nach Herstellung der Einheit Deutschlands gerungen wurde. Der Beitrag untersucht, wie der Kern nach mehr als 25 Jahren Deutscher Einheit dasteht und welche Entwicklung sich vollzogen hat. Das Eisenhüttenstädter Unternehmen bildet weiterhin den prägenden industriellen Kern für die Region, bei starkem Beschäftigungsrückgang. Nach der Übernahme durch den privaten Investor Ende 1994 wurde die bis dahin existierende produktivitätsmindernde Lücke in der Wertschöpfungskette durch Errichtung eines Warmwalzwerks geschlossen. Auch ein neuer Hochofen wurde errichtet. Das Eisenhüttenstädter Werk gehört heute zu ArcelorMittal, dem weltweit größten Stahlkonzern, und ist einer von vier Stahlproduktionsstandorten des Konzerns in Deutschland. Geforscht wird an anderen Standorten außerhalb Deutschlands. Hergestellt werden qualitativ hochwertige Flachstähle für die zentral- und osteuropäischen Märkte. Die Produktion ist hochmodern und wettbewerbsfähig, sieht sich aber insbesondere durch Importwettbewerb und Pläne der EU-Kommission für den Emissionsrechteland herausgefordert. Weiterer Strukturwandel und wirtschaftliche Diversifizierung sind in Eisenhüttenstadt vonnöten.

JEL-Klassifikation: P20, R11

Schlagwörter: Ostdeutschland, industrieller Kern, Transformation, metallurgische Industrie, Forschung und Entwicklung, Investitionen

Der Beitrag setzt eine begonnene Artikelserie über industrielle Kerne in Ostdeutschland fort.¹ Die Politik zum Erhalt industrieller Kerne zielte in den 1990er Jahren auf ehemals volkseigene Betriebe, für die sich kurzfristig kein privater Investor fand. Hinter den Bemühungen um den Erhalt industrieller Kerne stand die Vorstellung, dass ohne eine industrielle Basis die betreffenden Regionen sehr ungünstige Entwicklungsperspektiven hätten. Heute, mehr als 25 Jahre nach Herstellung der Deutschen Einheit, kann die Frage gestellt werden, ob damals die Weichen so gestellt wurden und sich die Dinge in einer Weise entwickelt haben, dass die modernisierten Kerne unter den Bedingungen einer international arbeitsteiligen Wirtschaft weiter günstige Entwicklungsmöglichkeiten haben? Aus regionalökonomischer Sicht sind Entwicklungsbedingungen an einem Standort als besonders günstig anzusehen, wenn eine moderne Sachkapitalausstattung gegeben ist, in die weiter investiert wird, gut qualifizierte Fachkräfte vorhanden sind, ein mit dem Kern

verbundenes und zugleich diversifiziertes regionales Unternehmensumfeld existiert und möglichst auch strategische Unternehmensfunktionen, etwa eigene Forschung und Entwicklung, am Standort angesiedelt sind. Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist der Metallurgiestandort Eisenhüttenstadt.² Dabei wird der Blick nachfolgend vor allem auf

- die Modernisierung der Produktionsanlagen,
- die Beschäftigungssituation,
- die regionale Umgebung und den überregionalen Status des Unternehmens sowie die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

gerichtet.

Vorangestellt wird ein Überblick über die historischen Ursprünge des Unternehmens. Es geht also nicht nur um die Retrospektive, sondern auch um die Perspek-

¹ Vgl. Heimpold, G.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Chemiestandorts Bitterfeld-Wolfen, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (6), 2015, 110-113.

² Die Untersuchung dieses Fallbeispiels erfolgte im Zusammenhang mit der Mitwirkung des IWH im Korean German Research Network on Unification Studies, innerhalb dessen das IWH seit Frühjahr 2014 Erfahrungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands aufbereitet und mit Gesprächspartnern des Korea Institute for International Economic Policy (KIEP) und des Ministry of Strategy and Finance der Republik Korea diskutiert.

tiven. Motiviert wird dieses Herangehen auch durch neuere empirische Arbeiten zu den langfristigen Folgen von Industrialisierung.³

Historische Ursprünge⁴

Die Errichtung eines metallurgischen Betriebs begann im Jahr 1950, in der Nähe von Fürstenberg (Oder). Die DDR sollte nach der deutschen Teilung eine eigene metallurgische Industrie erhalten. Der Standort, an dem auch Wohnungen und Sozialeinrichtungen für die Beschäftigten entstanden, erhielt im Jahr 1953 den Namen Stalinstadt; im Jahr 1961 wurde die Umbenennung in Eisenhüttenstadt vorgenommen. Zunächst wurde eine Roheisenproduktion mit sechs Hochöfen aufgebaut (Inbetriebnahme 1951 bis 1954), später ein Kaltwalzwerk, das mit Unterstützung aus der Sowjetunion errichtet wurde (1968); hinzu kamen Anlagen eines französischen Herstellers zur Verzinkung und Kunststoffbeschichtung von kaltgewalzten Blechen und Bändern (1974), danach ein Konverterstahlwerk, errichtet von der österreichischen VOEST-Alpine AG (1984).⁵ Es blieb allerdings eine technologische Lücke in Form einer fehlenden Warmband-Walzstraße bestehen. Obwohl in Eisenhüttenstadt der im Konverterverfahren erzeugte Stahl – bei Vorhandensein von Warmwalzanlagen – direkt und energieeffizient zu Warmband als Einsatzmaterial für das Kaltwalzwerk hätte verarbeitet werden können, musste das Warmband aufwändig aus der Sowjetunion bezogen werden.⁶ Die Arbeiten am geplanten Warmwalzwerk wurden 1987 abgebrochen.⁷

Der VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern“, dessen Stammbetrieb das Eisenhüttenstädter Werk war, wurde im Mai 1990 in die EKO Stahl AG umgewandelt und der Treuhandanstalt zugeordnet.⁸ Die Auftragsvolumina gingen nach der Einführung der D-Mark zunächst zurück, und im Jahr 1990 waren Verluste in

Höhe von beinahe 200 Mio. DM zu verzeichnen.⁹ Der Exportanteil am Umsatz wurde bis auf 42% im Jahr 1992 erhöht.¹⁰ Auch Bartergeschäfte mit Russland halfen in der Zeit vor der Privatisierung, die Existenz des EKO zu sichern.¹¹ Die Bemühungen, das EKO zu privatisieren, trafen mit einer international schwierigen Lage in der Metallurgiebranche zusammen. Es bestanden Überkapazitäten. Die Europäische Kommission schien eher am Kapazitätsabbau interessiert. Die ersten beiden Anläufe zur Privatisierung der EKO Stahl AG an die Krupp Stahl AG und danach an die Riva-Gruppe (Italien) scheiterten.¹² Erst Ende 1994 gelang der Verkauf des EKO, und zwar an den belgischen Stahlkonzern Cockerill-Sambre. Die Europäische Kommission genehmigte am 21. Dezember 1994 im Zusammenhang mit der Privatisierung der EKO Stahl GmbH Eisenhüttenstadt Beihilfen im Umfang von zusammengenommen rund 900 Mio. DM, die für den Verlustausgleich, Investitionen, Instandhaltungskosten und Beihilfeelemente im Zusammenhang mit einer Bürgschaftsgewährung bestimmt waren.¹³ Hinzu kamen genehmigte Regionalbeihilfen in Höhe von 385 Mio. DM.¹⁴ Das Eisenhüttenstädter Unternehmen gehört inzwischen zum ArcelorMittal-Konzern, dem weltweit größten Stahlunternehmen, und firmiert seit Juni 2006 als ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH.¹⁵

Investitionen

Die Ausrüstungen des EKO, die aus der planwirtschaftlichen Entwicklungsperiode übernommen wurden, waren zum Teil relativ modern, etwa das Konverterstahlwerk und Anlagen zur Oberflächenveredlung des

3 Vgl. Franck, R.; Galor, O.: Is Industrialization Conducive to Long-run Prosperity? Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. IZA Discussion Paper No. 9158, Bonn 2015.

4 Die Ausführungen in diesem Abschnitt fußen, sofern nichts anders angegeben ist, auf: EKO Stahl GmbH (Hrsg.): *Einblicke – 50 Jahre EKO Stahl*, 1. Aufl. Eisenhüttenstadt 2000. – Richter, J.; Förster, H.; Lakemann, U.: *Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt*. Schüren Presseverlag GmbH: Marburg 1997.

5 Vgl. Nicolaus, H.: *ArcelorMittal Eisenhüttenstadt. 60 Jahre Eisen und Stahl*. ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH (Hrsg.). Fürstenberger Druck & Verlag GmbH: Eisenhüttenstadt 2010.

6 Vgl. EKO Stahl GmbH (Hrsg.), a. a. O., 218.

7 Vgl. ebenda, 219.

8 Vgl. ebenda, 238, 241, 243.

9 Vgl. Döring, K.: *EKO. Stahl für die DDR – Stahl für die Welt*. Rohnstock Biografien, 1. Aufl. Verlag edition berolina, Berlin 2015, 240.

10 Vgl. Wilhelm, M.: *EKO Stahl GmbH: Der lange Weg zur Erneuerung eines Unternehmens und einer Region*, in: R. Pohl (Hrsg.), *Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs, Wirtschafts und Sozialunion*, 1. Aufl. Analytica: Berlin 1995, 329-344, hier speziell 332.

11 Vgl. Döring, K., a. a. O., 240-256.

12 Vgl. EKO Stahl GmbH (Hrsg.), a. a. O., 275-280, 296-301.

13 Vgl. *Entscheidung der Kommission vom 21. Dezember 1994 über ein Beihilfevorhaben von Deutschland zugunsten des Stahlunternehmens EKO Stahl GmbH, Eisenhüttenstadt* (94/1075/EGKS), in *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, 31.12.94, Zugriff am 24.02.2016, Nr. L 386/18-L 386/23, hier speziell Nr. L 386/21.

14 Vgl. *Staatliche Beihilfe No. C 35/94 ex NN 397/94, N 572/94 und N 728/94*. – EKO Stahl GmbH, Eisenhüttenstadt/Brandenburg. – Deutschland. – Genehmigung von Beihilfen nach Artikel 95 EGKS-Vertrag und Art. 5 Stahlbeihilfenkodex, in: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-94-1275_de.htm, Zugriff am 24.02.2016.

15 Diese und die nachfolgend im Text dargestellten Fakten und Zahlen über die EKO Eisenhüttenstadt GmbH beziehungsweise die ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH stammen, wenn nichts anderes angegeben ist, von der Firmenwebsite: <http://www.arcelormittal-ehst.com/home?lang=de>.

kaltgewalzten Stahls. Einzelne Roheisenerzeugungsanlagen waren veraltet. In den Jahren 1990/1991 wurden die Hochöfen I, IV und V stillgelegt.¹⁶ Die Technologielücke in Gestalt einer fehlenden Warmband-Walzstraße bestand zunächst fort. Laut Konzept der Treuhandanstalt für die Stahlindustrie in den Neuen Ländern vom Juli 1991 wäre das EKO ohne ein Warmwalzwerk langfristig ohne Entwicklungsperspektive gewesen.¹⁷ Cockerill-Sambre favorisierte die Erhaltung eines integrierten Metallurgiestandorts. Im Jahr 1997 wurden der neue Hochofen 5A sowie eine Warmwalzanlage in Betrieb genommen und durch letztere die bis dahin vorhandene technologische Lücke geschlossen. Die Modernisierung wurde auch danach fortgesetzt, etwa durch das Ende 2003 verabschiedete Programm „Zukunftsgestaltung EKO“ (ZUG). Dessen Ziel war die Kostensenkung, um auch im Falle konjunktureller Schwäche das Betriebsergebnis positiv zu halten. Im Zeitraum von 2010 bis 2014 wurden in der ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH weitere Investitionen in Höhe von 120 Mio. Euro getätigt.¹⁸ Im Jahr 2016 ist in Eisenhüttenstadt eine sogenannte Neuzustellung, also eine Instandsetzung des Hochofens 5A mit einem Investitionsvolumen von 40 Mio. Euro vorgesehen. Die Stahlindustrie in Deutschland und auch in Eisenhüttenstadt sieht sich allerdings gegenwärtig mit großen Herausforderungen insbesondere durch den Verdrängungswettbewerb, etwa seitens chinesischer Stahlhersteller, sowie mit Vorschlägen für neue EU-Regelungen zum Emissionsrechtehandel konfrontiert. Die Wettbewerbslage und die regulatorischen Rahmenbedingungen, so ein Unternehmensstatement, würden auch die Entscheidungen über künftige Vorhaben beeinflussen. Vermieden werden müsse, so eine Verlautbarung von ArcelorMittal Germany vom März 2016, die Gefahr einer Abwanderung der Stahlindustrie aus Deutschland und Europa in andere Regionen, deren Umweltauflagen geringer seien.¹⁹

16 Vgl. Eisenhüttenstadt – Stadt & Verwaltung: Viele Eisen im Feuer. Stadtgeschichte, in: <http://www.eisenhuettenstadt.de/index.php?mnr=1&su1=8>, Zugriff am 02.02.2016.

17 Vgl. Unternehmensbereich 5-EM Eisen- und Stahlerzeugung: Konzept zur Umstrukturierung und Privatisierung der Stahlindustrie in den neuen Bundesländern, Berlin, 10. Juli 1991, in: Treuhandanstalt (Hrsg.), Dokumentation 1990 – 1994, Band 4. Berlin 1994, 534-554, hier speziell 537 f.

18 Vgl. ArcelorMittal Germany Holding GmbH (Hrsg.): Nachhaltigkeitsbericht. ArcelorMittal Deutschland 2014. ArcelorMittal Deutschland: Hamburg 2015, hier Seite 26, Zugriff am 21.12.2015.

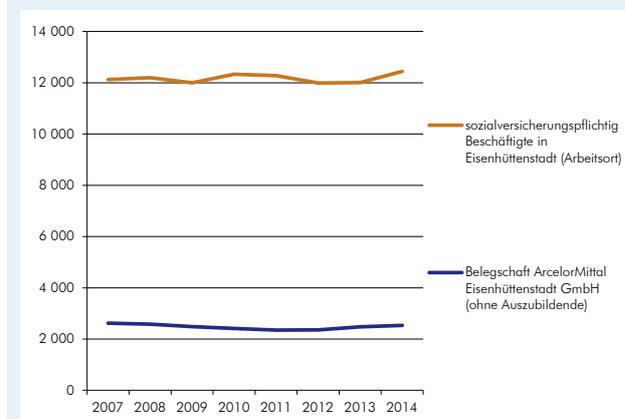
19 ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH: News Übersicht. 17.03.2016 – ArcelorMittal in Deutschland: „Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen“, Zugriff am 15.06.2016.

Beschäftigung

Im Jahr 1989 waren im Werk in Eisenhüttenstadt 11 934 Beschäftigte tätig.²⁰ Im Zuge der Restrukturierung und Kostensenkung entstanden zwischen 1990 und Mitte 1996 durch Ausgliederung aus dem EKO 51 Firmen mit 2 167 Beschäftigten.²¹ Im Jahr 2014 hatte die ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH nach eigenen Angaben eine Belegschaft von 2 536 Personen (ohne Auszubildende). Die Zahl der Ausbildungsplätze wird mit rund 200 angegeben. Insgesamt sind in Eisenhüttenstadt 12 444 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig (2014).²² Der Beschäftigtenanteil von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt lag in den Jahren 2007 bis 2014 bei rund einem Fünftel, und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Eisenhüttenstadt ist in diesem Zeitraum relativ stabil gewesen (vgl. Abbildung). Die Arbeitslosenzahl in Eisenhüttenstadt hat sich von 3 947 (2005) auf 1 820 im Jahr 2013 mehr als halbiert.²³

Abbildung

Beschäftigung in Eisenhüttenstadt insgesamt und in der ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH in den Jahren 2007 bis 2014



Quellen: ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH: Zahlen & Fakten (ArcelorMittal Eisenhüttenstadt), Zugriff am 21.12.2015; Stadt Eisenhüttenstadt: Daten und Fakten, SV-pflichtig Beschäftigte in der Stadt Eisenhüttenstadt, Zugriff am 17.02.2016; Stadt Eisenhüttenstadt: Statistik. Von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zuzüge, a. a. O.; Darstellung des IWH.

20 Vgl. EKO Stahl GmbH (Hrsg.), a. a. O., 200.

21 Vgl. Engelberg, A.: Unternehmerische Beschäftigungspolitik – das Beispiel der EKO Stahl GmbH. Manuskripte 260. Hans-Böckler-Stiftung: Düsseldorf 1999, 18.

22 Vgl. Stadt Eisenhüttenstadt: Statistik. Von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zuzüge, in: <http://www.eisenhuettenstadt.de/index.php?psnr=2407&pdlnk=1>, Zugriff am 09.02.2016.

23 Vgl. Arbeitslose in der Stadt Eisenhüttenstadt, in: <http://www.eisenhuettenstadt.de/images/load/Internet%20Arbeitslose.pdf>, Zugriff am 22.12.2015.

Regionale Umgebung, überregionaler Status und Forschung und Entwicklung

Im Umfeld von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt sind eine Reihe metallverarbeitender Unternehmen, etwa aus den Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Umwelt- sowie Fördertechnik, Schiffbau und Zulieferindustrie ansässig.²⁴ Im Jahr 2008 wurde das Unternehmen 5N PV GmbH in Betrieb genommen, das hochreine Metalle herstellt.²⁵ Ferner hat die Progroup AG im Jahr 2010 in Eisenhüttenstadt einen Betrieb zur Herstellung von Wellpappenrohlpapier in Betrieb genommen.²⁶ Aus Sicht der politischen Akteure in der Region wird gleichwohl die Notwendigkeit zur Branchendiversifizierung, gerade in Eisenhüttenstadt, gesehen.²⁷

ArcelorMittal mit Sitz in Luxemburg betreibt in Deutschland vier Stahlproduktionsstätten, und zwar in Bremen, Duisburg, Eisenhüttenstadt und Hamburg. Hamburg ist zugleich Sitz der ArcelorMittal Germany Holding.²⁸ Konzernintern wurde ArcelorMittal Eisenhüttenstadt im Jahr 2008 dem Bereich „Flat Carbon Eastern Europe (FCEE)“ zugeordnet, um den Erfordernissen des Marktes in Osteuropa zu entsprechen. Das Eisenhüttenstädter Unternehmen liefert Flachstahl insbesondere für die Automobilbranche, die Bau- und Haushaltsgeräteindustrie, für die Märkte in Zentral- sowie Osteuropa. Die Forschung des ArcelorMittal-Konzerns findet nach Konzernangaben weltweit in zwölf Forschungszentren (2015) statt, von denen sich keines in Deutschland befindet.²⁹ In den Werken in Deutschland existieren für die Zwecke der Weiterentwicklung Betriebslabore.³⁰ Das Eisen-

hüttenstädter Labor hat seine Ursprünge in der Versuchsanstalt der EKO Stahl GmbH. Diese wurde 1994 ausgegliedert und firmiert inzwischen als ArcelorMittal Eisenhüttenstadt Forschungs- und Qualitätszentrum GmbH (FQZ). Das FQZ beschäftigt 60 Mitarbeiter, passt die Konzeption der Produktentwicklung von ArcelorMittal an die Bedingungen im Eisenhüttenstädter Unternehmen an und unterstützt die Prozessoptimierung.

Alles in allem zeigt sich, dass das frühere EKO auch 25 Jahre nach der Herstellung der Einheit Deutschlands den prägenden industriellen Kern für die Region bildet. Dieser ist einerseits in seiner Sachkapitalausstattung hochmodern und wettbewerbsfähig, wird aber andererseits insbesondere durch Importwettbewerb und neue Pläne der EU-Kommission für den Emissionsrechtehandel herausgefordert. Weiterer Strukturwandel und wirtschaftliche Diversifizierung werden in Eisenhüttenstadt gebraucht. 

24 Vgl. *Städte Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt in Zusammenarbeit mit Investor Center Ostbrandenburg GmbH (Hrsg.): Wachstumsregion im Aufwind. We take care of you business.* Frankfurt (Oder). Eisenhüttenstadt, 6.

25 *Märkische Onlinezeitung:* Testbetrieb bei 5N PV ist angelaufen, 23.05.2008, in: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/15258>, Zugriff am 08.02.2016.

26 *UNITED NEWS NETWORK GmbH 2002-2016:* Progroup AG: Propapier PM2 in Eisenhüttenstadt erzielt Weltrekord, Landau, 02.12.2010, in: <http://www.lifepn.de/inaktiv/progroup-ag/Progroup-AG-Propapier-PM2-in-Eisenhuettenstadt-erzielt-Weltrekord/boxid/203742>, Zugriff am 08.02.2016.

27 Vgl. *JSW Consulting GmbH:* Regionaler Wachstumskern Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt. Standortentwicklungskonzept 2010. JSW Consulting GmbH, Frankfurt(Oder)/Eisenhüttenstadt: Berlin, 28. Oktober 2010, in: <http://www.eisenhuettenstadt.de/content/2/SEK2010.pdf>, hier Seite 13, Zugriff am 21.12.2015.

28 Vgl. *ArcelorMittal:* Geschichte, in: <http://germany.arcelormittal.com/Ueber-uns/Geschichte/>, Zugriff am 16.06.2016.

29 Vgl. *ArcelorMittal:* The Research and Development Team, in: <http://corporate.arcelormittal.com/what-we-do/research-and-development/research-centres>, Zugriff am 17.06.2016.

30 Vgl. *ArcelorMittal Germany Holding GmbH (Hrsg.): ArcelorMittal in Deutschland.* Hamburg 2015, hier Seite 11, Zugriff am 16.06.2016.



Dr. Gerhard Heimpold

Stellvertretender Leiter der Abteilung
Strukturwandel und Produktivität

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

6th Halle Forum on Urban Economic Growth: "What are the Factors of Success for Cities in the Process of European Integration?"

Martin T. W. Rosenfeld, Martin Gerischer

Am 7. und 8. April 2016 fand am IWH zum sechsten Mal das „Halle Forum on Urban Economic Growth“ statt, das seit 2006 im Abstand von jeweils zwei Jahren veranstaltet wird. Der Fokus der diesjährigen Tagung lag auf den Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden europäischen Integration für die Entwicklung der Städte bzw. bestimmter Kategorien von Städten ableiten lassen. *Roberto Camagni* (Polytechnische Universität Mailand) befasste sich in seinem Keynote-Vortrag zum Thema „Agglomeration Economies and Second Rank Cities“ mit der Frage, inwieweit – speziell aus der Sicht der EU – eine Förderung der Entwicklung von „Second Rank Cities“ für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung günstiger sein kann als eine Konzentration politischer Maßnahmen zugunsten der „Primate Cities“. Es wurde gezeigt, dass die höhere Wachstumsdynamik der „Second Rank Cities“ in erster Linie mit den zunehmenden Agglomerationsnachteilen in den „Primate Cities“ erklärt werden kann.

Anna Kurniewicz, Julita Łukomska und Paweł Swianiewicz (Universität Warschau) referierten zu den Ergebnissen einer Befragung polnischer Stadtverwaltungen hinsichtlich der mit der EU-Integration assoziierten Potenziale und Risiken. Die finanzielle Förderung durch die EU-Strukturfonds wurde allgemein positiv bewertet. In Bezug auf andere potenzielle Vorteile der EU-Integration (z. B. Erleichterung des Zugangs regionaler Unternehmen zu externen Märkten) herrschte jedoch eher eine negative Einstellung vor. Im Rahmen einer Policy-Session zum Thema „How does EU Regional Policy Support the Development of Cities?“ gab *Christian Huttenloher* (Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V., Berlin und Brüssel) eine umfassende Übersicht über die Gesamtheit der Maßnahmen, mit denen die EU die Entwicklung von Städten fördern möchte.

Weitere Schwerpunkte der Tagung waren die Thematik der „Urban Resilience“, die Veränderungen lokaler und regionaler Entwicklungen durch Mobilität und Wanderungsprozesse sowie die Diskussion über die Bedeutung institutioneller Faktoren für die Stadtentwicklung. *Alain Thierstein* (Technische Universität München) stellte in seiner Keynote Lecture mit dem Titel „Interdepend-

ent Choice of Residence, Workplace and Mobility Behavior in Metropolitan Regions: Unpacking the Black Box“ eine Studie zu den Einflussfaktoren (z. B. Zugang zum ÖPNV) des Entscheidungsverhaltens privater Haushalte in Bezug auf die Wahl ihres jeweiligen Wohn- sowie Arbeitsstandorts in Stadtregionen dar. Auf der Grundlage der Ergebnisse dürfte sich die Effizienz von Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur sowie zur Erschließung neuer Wohn- und Gewerbeareale erhöhen lassen.

Johann Eppelsheimer stellte ein von ihm gemeinsam mit *Joachim Möller* (beide: IAB, Nürnberg) verfasstes Papier zu den Lohneffekten interregionaler Wanderungen von Menschen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau („Brain Gain“ versus „Brain Drain“) vor. Hinsichtlich der Wanderungsprozesse innerhalb von Stadtregionen befasste sich der Vortrag von *Rüdiger Hamm* (Niederrhein-Institut für Regional- und Strukturforschung) mit der Frage, wie sich die für zahlreiche europäische Städte diskutierte Tendenz der „Re-Urbanisierung“ mit Hilfe geeigneter Indikatoren empirisch überprüfen lässt.

Im Kontext mit der Rolle von institutionellen Faktoren für die Stadtentwicklung wurden u. a. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „CIT-IN: East German and Polish Cities in the Process of European Integration“ präsentiert, das von der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS) finanziell gefördert und gemeinsam vom IWH und der Universität Warschau bearbeitet wird. Für Deutschland wie für Polen wurde gezeigt, dass für eine Stadt der Verlust des Status einer Hauptstadt (eines Kreises oder einer Wojewodschaft) mit negativen wirtschaftlichen Effekten verbunden ist. *Andrey Yushkov* vom Leontief Center in Sankt-Petersburg stellte einen gemeinsam mit *Irina Slepukhina* (Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig) erarbeiteten Beitrag zu den Auswirkungen föderaler Strukturen auf die Entwicklung der großen Städte in Russland vor.

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld
Forschungsfeld Stadtökonomik
Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de

Martin Gerischer

Student im Studiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Tagungsteilnehmer im Rahmen des Studienmoduls „Werkstattgespräch“.

Diskussionspapiere

Regional Banking Instability and FOMC Voting

This study analyzes if regionally affiliated Federal Open Market Committee (FOMC) members take their districts' regional banking sector instability into account when they vote. Considering the period from 1978 to 2010, we find that a deterioration in a district's bank health increases the probability that this district's representative in the FOMC votes to ease interest rates. According to member-specific charac-

teristics, the effect of regional banking sector instability on FOMC voting behavior is most pronounced for Bank presidents (as opposed to governors) and FOMC members who have career backgrounds in the financial industry or who represent a district with a large banking sector.

Stefan Eichler, Tom Lähler, Felix Noth: Regional Banking Instability and FOMC Voting. *IWH Discussion Papers No. 15/2016*. Halle (Saale) 2016.

Central Bank Transparency and Cross-border Banking

We analyze the effect of central bank transparency on cross-border bank activities. Based on a panel gravity model for cross-border bank claims for 21 home and 47 destination countries from 1998 to 2010, we find strong empirical evidence that a rise in central bank transparency in the destination country, on average, increases cross-border claims. Using interaction models, we find that the positive effect of central bank

transparency on cross-border claims is only significant if the central bank is politically independent. Central bank transparency and credibility are thus considered complements by banks investing abroad.

Stefan Eichler, Helge Littke, Lena Tonzer: Central Bank Transparency and Cross-border Banking. *IWH Discussion Papers No. 16/2016*. Halle (Saale) 2016.

The Role of Complexity for Bank Risk during the Financial Crisis: Evidence from a Novel Dataset

We construct a novel dataset to measure banks' business and geographical complexity. Using these measures of complexity, we evaluate how they relate to banks' idiosyncratic and systemic riskiness. The sample covers stock listed banks in the euro area from 2007 to 2014. Our results show that banks have increased their total number of subsidiaries while business and geographical complexity have declined. Bank stability is significantly affected by our complexity measures, whereas the direction of the effect differs across the complexity measures: Banks with a higher

degree of geographical complexity and a higher share of foreign subsidiaries seem to be less stable. In contrast, a higher share of non-bank subsidiaries significantly decreases the probability for a state aid request during the recent crisis period. This heterogeneity advises against the use of a single complexity measure when evaluating the implications of bank complexity.

Thomas Krause, Talina Sondershaus, Lena Tonzer: The Role of Complexity for Bank Risk during the Financial Crisis: Evidence from a Novel Dataset. *IWH Discussion Papers No. 17/2016*. Halle (Saale) 2016.

Veranstaltungen

Donnerstag, 8. September 2016 bis Freitag,
9. September 2016, IWH, Halle (Saale)

2nd IWH-FIN-FIRE Workshop on “Challenges to Financial Stability”

The IWH and the FIRE research centre at Frankfurt School of Finance & Management are organising a joint Workshop on 'Challenges to Financial Stability' on September 8th and 9th, 2016, to be held in Halle (Saale). The workshop provides a platform to discuss changes in the regulatory framework of the financial sector, their impact on financial stability, and consequences for the real sector.

Keynote Speakers:

[Ross Levine](#) (University of California, Berkeley)

[Steven Ongena](#) (University of Zurich, Swiss Finance Institute and CEPR)

Donnerstag, 22. September 2016 bis Freitag,
23. September 2016

13. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: Lohn- und Einkommensungleichheit – Ausmaß und Entwicklung, Ursachen und Konsequenzen

Der Sachverständigenrat zeigt in seinem Gutachten des Jahres 2015, dass trotz steigender Lohnungleichheit die Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene im gleichen Zeitraum kaum angestiegen ist. Dennoch ist das Armutsrisiko insbesondere in niedrigen Bildungsschichten und in Ostdeutschland unverändert hoch. So beziehen in Deutschland noch etwa eine Million Menschen Sozialleistungen trotz Arbeit. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der 13. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik Befunde und Handlungsfelder im Zusammenhang mit der Lohn- und Einkommensungleichheit in Ost- und Westdeutschland.

Keynote Speaker:

[Professor Dr. Bernd Fitzenberger, Ph.D.](#)
(Humboldt-Universität zu Berlin)

Donnerstag, 29. September 2016 bis Freitag,
30. September 2016

6th IWH/INFER Workshop on (Ending) Unconventional Monetary Policy

The IWH and the International Network for Economic Research (INFER) are organizing a joint Workshop on Applied Economics and Economic Policy on September 29th and 30th, 2016 to be held in Halle (Saale). The workshop provides a platform to discuss applied economic research. We invite empirical and theoretical contributions from all fields of macroeconomics and international economics with an emphasis on a high relevance for economic policy.

Keynote Speaker:

[Peter Praet](#) (European Central Bank, ECB)



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Dr. Steffen Müller
Juniorprofessor Dr. Felix Noth
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle,
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 4,50 Euro,
Jahresbezug 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © StudioLaMagica – Fotolia.com

Druck: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Wirtschaft im Wandel, 22. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Juli 2016

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (online)